

## Pressemitteilung vom 22.2.21

### Forderungskatalog-Antworten der Parteien

Alle Parteien, die auf den Forderungskatalog der LOK geantwortet haben, unterstützen ein klimaneutrales Oberursel. Das Ziel der LOK, Klimaneutralität bis 2035 in Oberursel zu erreichen, wird von der Linken, den Grünen und der FDP unterstützt. Die Klimaliste will Klimaneutralität in Oberursel schon bis 2030 schaffen, die SPD „deutlich schneller“ sein als es der derzeitige Klimaschutzplan der Landesregierung (bis 2050) vorsieht.

Mit den von der LOK nun veröffentlichten Antworten soll es den Bürgerinnen und Bürgern in Oberursel leichter gemacht werden, zu unterscheiden, welche Partei sich in welchem Umfang für Klimaschutzziele einsetzen wird. Im Folgenden werden die je sieben Antworten zu sieben Themenbereichen von den fünf Parteien, die sich ausführlich mit dem Forderungskatalog auseinandergesetzt haben, zusammengefasst. CDU und OGB haben die Anfrage lediglich mit einem Verweis auf ihr Wahlprogramm beantwortet, die AfD antwortete gar nichts. In der Regel werden die Parteienantworten in der Reihenfolge wiedergegeben, wie sie bei der LOK eingetroffen sind. Im Einzelnen können alle Antworten auf der Internetseite nachgelesen werden: [www.l-o-k.de](http://www.l-o-k.de)

#### **Übergeordnete Forderungen:**

Die LOK-Forderung nach einer verbindlichen Vorschrift für eine fundierte Klimafolgenabschätzung bei allen kommunalen Aktivitäten wird von der Linken, den Grünen und der SPD unterstützt. Die FDP sieht dies in der bisher gängigen Praxis „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ bei Bebauungsplänen gewährleistet. Die Klimaliste fordert ein neues Klimaschutzkonzept, um aus städtischen CO<sub>2</sub>-Budgets Reduktionsziele abzuleiten.

Die LOK fordert die Einrichtung einer Stabstelle Klimaschutz im Bürgermeisteramt sowie eine bessere interdisziplinäre Verankerung des Themas in der Verwaltung. Die bessere strukturelle Verankerung in der Stadtverwaltung unterstützen die Grünen und SPD. Die FDP sieht derzeit keine neuen Stellen im Rathaus und die Verantwortung implizit beim Bau- und Umweltdezernat. Die Linke will die vorgeschlagene Stabstelle Klimaschutz nicht ausschließlich beim Bürgermeister / bei der Bürgermeisterin aufhängen, die Klimaliste will eine unabhängige Stelle mit Vetorecht. Die Grünen wollen Klimaschutz vor allem interdisziplinär und auch bei den politischen

Entscheidungsträgern verankern. Die SPD spricht sich in diesem Zusammenhang auch für Kontroll- und Berichtspflichten der dezentralen Bereiche der Verwaltung und für eine stärkere Integration des Klimaschutzbeauftragten aus.

Eine klimaneutrale Stadtverwaltung bis spätestens 2030 unterstützen die Linke und die Grünen uneingeschränkt. Die Klimaliste teilt diese Forderung ebenfalls, sieht die "Beschaffung" aber als "Sonderpunkt". Die SPD sieht Schritte in die Richtung klimaneutrale Verwaltung bei der Modernisierung des Rathauses bereits getan und möchte eine Verpflichtung zur Klimaneutralität 2030 für die Stadtverwaltung im Rahmen haushalterisch enger Spielräume und möglicher Folgen auf sonstige Dienstleistungen der Stadt zunächst abwägen. Die FDP will Klimaneutralität bis 2035 erreichen.

#### Energie:

Alle fünf Parteien sind der Meinung, dass mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, Klimaneutralität in Oberursel durch den Ausbau erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen, Ziele dazu klarer zu formulieren sowie Rechenschaft darüber abzulegen.

Die Linke und die FDP unterstützen dabei die Forderung nach konkreten Ausbauzielen für regenerative Energieträger, die Klimaliste setzt eher auf übergreifende Emissionsminderungsziele. Die Grünen schlagen vor, dass die Ausbaupläne Teil des städtischen Klimaschutzkonzepts sein sollten, die SPD bringt die Idee einer Bürgerenergiegenossenschaft zur Umsetzung der Ausbauziele ein.

Auch die Forderung nach Installation von Solaranlagen auf städtischen Neubauten und auf mindestens zwei kommunalen Gebäuden pro Jahr wird von den Parteien unterstützt. Die FDP möchte Dachflächen zudem für Dachbegrünungen nutzen, die SPD verweist auch hier auf die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften. Der Klimaliste ist die konkrete LOK-Forderung zu wenig ambitioniert.

Die Verschärfung für die Vergabe von Baugenehmigungen in Hinblick auf die ausschließliche Nutzung von klimafreundlichen Energien und höchsten Energieeffizienzstandards wird differenziert bewertet. Zwar wird sie von keiner Partei prinzipiell abgelehnt, die FDP setzt im privaten Bereich jedoch zunächst auf Freiwilligkeit. Die Linke nennt den Zeitraum für die Umsetzung der Forderung bis August 2022 zu kurz. SPD und die Grünen verweisen auf das Fehlen rechtlicher Voraussetzungen auf kommunaler Ebene, die SPD befürchtet darüber hinaus zu hohe Kosten durch höchste Energieeffizienzstandards. Diese

wirkten der Schaffung preisgünstigen Wohnraums entgegen. Die Grünen setzen hier auf Förderung von städtischen und privaten Vorreiterprojekten.

Bei der Forderung nach klimafreundlichen Energien und höchsten Energieeffizienzstandards bei der Modernisierung kommunaler Gebäude signalisieren die Parteien im Grundsatz Zustimmung. Die Klimaliste fordert eine Erhöhung der Sanierungsrate, die SPD verweist beim Einsatz von Solaranlagen auf kommunalen Gebäuden erneut auf die Prüfung der Wirtschaftlichkeit.

Ein kommunales Förderprogramm für Solaranlagen für private und öffentliche Gebäude bereits im Jahr 2021 unterstützt uneingeschränkt die Linke. FDP und Klimaliste machen geltend, dass ein Förderprogramm durch den Haushalt abgedeckt sein muss. Die GRÜNEN haben finanzielle Vorbehalte und halten die Finanzierung von Beratung und die Förderung über Bauvorschriften für vorrangig. Die SPD erachtet kommunale Subventionen derzeit für nicht finanzierbar.

Die Forderung nach einem Pilotprojekt im Bereich grünen Wasserstoffs zeigt die größten Gegensätze bei den Antworten. Die Linke sieht Oberursel nicht als den geeigneten Standort an, weder für Speicherung noch für Erzeugung. Die FDP unterstützt die Forderung. Die Klimaliste lehnt ab, Wasserstoff sei keine Brückentechnologie, sie setze auf alternative Speichertechnologien. Die Grünen lehnen ein Wasserstoffpilotprojekt in Oberursel aus finanziellen Gründen und aufgrund eines hohen Flächenbedarfs ab und zögen eine interkommunale Zusammenarbeit vor. Die SPD möchte sich für die Förderung eines privatwirtschaftlichen Pilotprojektes für wasserstoffbasierte Mobilität im öffentlichen Nahverkehr einsetzen.

## **Verkehr**

Die Antworten der Parteien lassen größtenteils Unterstützung bzw. zumindest Sympathie für die LOK-Vorschläge erkennen.

Die größten Unterschiede zeigen sich bei der LOK-Forderung: Tempo 30 flächendeckend für die Stadt. Dies wird nur von den Grünen und der Klimaliste vorbehaltlos unterstützt. Die FDP lehnt Tempo 30 für Durchgangsstraßen tagsüber ab.

Die LOK-Forderung nach der Verminderung von Parkflächen und der Rückgabe des öffentlichen Raumes an die Menschen wird von allen Parteien grundsätzlich befürwortet.

Die Umwandlung von Straßen und Parkflächen zu von Allen gleichberechtigt genutzten Raumes wird von der Linken, der Klimaliste und den Grünen voll unterstützt. Die FDP kann sich dies nur vereinzelt vorstellen, auch die SPD sieht

dies nur an geeigneten Stellen für sinnvoll an und verweist auf ihre Radwegentwicklung als den richtigen Weg.

Alle Parteien unterstützen in der einen oder anderen Form die Forderung nach einem Ausbau von Carsharing-Angeboten in Oberursel.

Die LOK-Vorschläge zum Ausbau des ÖPNV werden weitgehend unterstützt. Insbesondere die Grünen und die SPD machen Vorbehalte in Bezug auf die Finanzierbarkeit, möchten sich aber für klimafreundlichere Kriterien für Busse, wie Umstellung auf Elektro- oder Wasserstoffantrieb im Stadtbusverkehr einsetzen. Die Klimaliste lehnt Wasserstoff ab.

Positiv wird auch die LOK-Forderung nach Einführung eines Lastenradverleihs und Bereitstellung der erforderlichen Abstellflächen bewertet. SPD und FDP sehen allerdings die Kommune hier nur eingeschränkt in der Verantwortung.

Die Verbesserung der Verbindungen für Fußgänger und Radfahrer unterstützen alle Parteien, eine fußverkehr- und fahrradfreundliche Ampelschaltung lehnt die FDP als Bevorzugung einzelner Verkehrsgruppen ab. Die SPD verweist auf bestehende diesbezügliche Regelungen, räumt aber zusätzliche Verbesserungsmöglichkeiten ein. Die Klimaliste schlägt zusätzlich zu den LOK-Forderungen die Übernahme von „best practices aus den Niederlanden und Kopenhagen“ vor.

Konkrete Zeitpläne, wie im Anschreiben der LOK von den Parteien erbeten, bietet keine der befragten Parteien an, die Zeitvorgaben der LOK werden teilweise als zu ambitioniert erachtet.

### **Konsum:**

Das LOK-Kernteam freut sich über große Zustimmung der Parteien zu den von ihr erstellten Forderungen und Ideen, wie die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger im Bereich Konsum und Ernährung klimabewusster agieren können. Allgemeine Übereinstimmung herrscht beispielsweise bei der Forderung, für alle stadteigenen Einrichtungen bis August 2022 Abfallvermeidungskonzepte zu entwickeln. Die Aktiven der LOK möchten in 18 Monaten im Rathaus nachfragen, wie weit man an diesem Punkt wirklich gekommen ist.

Die LOK-Forderung einer Einführung von ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien in allen öffentlichen Ausschreibungen bis August 2022 wird von allen Parteien unterstützt, wobei die SPD bemerkt, dass dies nicht im vorgegebenen Zeitrahmen umsetzbar sei.

Auch die LOK-Forderung nach einem Ernährungsrat, bzw. einer „AG Stadt und Ernährung“ wird von allen Parteien weitgehend befürwortet.

Beim Thema Einführung eines „Runden Tisches Plastikvermeidung“ und dem Verbot von Einweg-Plastikverpackungen und Geschirr gehen die Vorstellungen der Parteien auseinander. Die Linke und die Klimaliste unterstützen die Forderung. Die FDP steht einer Diskussion unter Beteiligung betroffener Unternehmen offen gegenüber. Die Grünen unterstützen die Ziele, heben aber andere Maßnahmen zur Zielerreichung hervor, beispielsweise hinsichtlich der derzeit extrem schwierigen Lage der Gastronomen, die sie nicht zusätzlich belasten wollen. Stattdessen wollen die Grünen prüfen, wie ein Mehrwegverpackungssystem in Oberursel umgesetzt werden kann. Die SPD sieht beim Verbot von Einwegbehältern den Bund in der Pflicht. Auf kommunaler Ebene habe man bereits die Oberurseler Abfallsatzung entsprechend geändert, um bei Festen in Oberursel auf Einweggeschirr zu verzichten. Sie verweist auf ihre Forderung nach einem Spülmobil für Großveranstaltungen.

Die LOK-Idee einer jährlichen, öffentlichen Auszeichnung eines Oberurseler „Nachhaltigkeits-Helden“ oder eines Leuchtturmprojektes „Nachhaltigkeit“ wird von allen Parteien unterstützt.

### **Wald und natürliche Grünflächen**

Die Forderung, den Oberurseler Wald sich selbst zu überlassen, wird nur von der SPD geteilt („Konzept nutzungsfreier Wald“), aus wirtschaftlichen als auch aus Klimaschutzgründen (Klimaliste) wird sie von den anderen Parteien abgelehnt. Die natürliche Regeneration des Waldes durch Aufforstung mit klimaresilienten Bäumen zu unterstützen, findet bei allen Parteien Zustimmung.

Die Linke, die Grünen und die SPD unterstützen die Forderung zu mehr Altholzinseln im Wald, die FDP steht einer Diskussion hierzu offen gegenüber, die Klimaliste hält den Verbleib von „Biotopbäumen“ für sinnvoller.

Um Biodiversität zu erhalten, fordert die LOK die Förderung, Pflege und Neugestaltung von Saumbiotopen aus heimischen Arten in den Agrarflächen: Die Linke unterstützt die Forderung, die Grünen und die FDP möchten dies mit den Landwirten diskutieren, die Klimaliste nennt Biotopschutz selbstverständlich. Die SPD antwortet, die Landwirte seien nur längerfristig dazu zu bewegen und sie werde sich bei Neuverpachtungen oder Pachtverlängerungen in der Stadtverordnetenversammlung dafür einsetzen.

Die Forderung zum Ausbau der Blühstreifen in Oberursel mit heimischen Arten und einem Verbot des Umgrabens und Abmähens wird von der Linken, der Klimaliste und den Grünen unterstützt. Die SPD hält die Forderung bei städtischen Grünflächen für umsetzbar. Die FDP setzt auf Freiwilligkeit und Dialog.

### **Stadtentwicklung und Wassermanagement**

Die Lok fordert die Verabschiedung eines nachhaltigen Stadtentwicklungsplans (STEP) bis August 2022, der beispielsweise die Vermeidung weiterer Flächenversiegelung und eine Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs pro Person vorsieht. Die Linke will keine pauschale Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs, hält jedoch eine Reduzierung der Versiegelung für notwendig und den Mehrgeschossbau für ein Mittel. Die FDP unterstützt die Forderung, hält jedoch das zeitliche Ziel für zu ambitioniert. Die Klimaliste setzt sich für eine Umsetzung des Konzepts einer „Schwammstadt“ ein. Für die Grünen ist ein sozialer und ökologischer STEP ein zentrales Wahlprogrammthema. Auch die SPD steht einem nachhaltigen STEP positiv gegenüber, wobei aber der Gesellschaft der Wohnflächenverbrauch nicht vorgeschrieben werden könne.

Die LOK Forderung, die Planung der Rathaussanierung als Modellprojekt umzusetzen: „Klimaneutrales und klimaangepasstes Rathaus“ inklusive Regenwassernutzung wird von der Linken und den Grünen unterstützt. Die FDP möchte die Fläche des Rathauses für die Innenstadtentwicklung nutzen und dafür einen Neubau des Rathauses an anderer Stelle unter Klimaschutzaspekten. Für die SPD soll bei der Planung der Sanierung auch ein Gründach geprüft werden. Die Klimaliste kann sich vorstellen, dass ein ökologischer Neubau günstiger sei als eine Sanierung und fordert einen „CO2-footprint Vergleich“ der beiden Alternativen.

Die Forderung, die rechtlichen Regelungen bis August 2022 zu schaffen, um Stein- und Schottergärten zu verbieten, die Verwendung von wasserdurchlässigen Steinen verbindlich vorzuschreiben sowie eine aktive Regen- und Brauchwassernutzung in Gebäuden zu fördern wird unterstützt von den Linken, den Grünen und der Klimaliste, die FDP möchte allerdings auf Aufklärung und Freiwilligkeit setzen. Die SPD setzt auf Gestaltungsvorschriften, die Steingärten ausschließen. SPD und Grüne verweisen bei der Regenwassernutzung auf die bestehende Zisternensatzung.

Die Forderung, städtische Flächen zu entsiegeln und zu begrünen, wird von FDP, Klimaliste und Linken unterstützt. Die Grünen stimmen dann zu, wenn

eine Prüfung nachhaltige, positive Ergebnisse ergibt. Auch die SPD will eine Prüfung, wo eine Entsiegelung sinnvoll ist und weist auf mögliche Gefahren hin.

Alle Parteien unterstützen den Vorschlag zur Renaturierung des Urselbachs, um Grundwasserneubildung zu ermöglichen. Die Grünen fordern einen Verkaufsstopp städtischer Flächen sowie einen zehn Meter breiten Grundflächenstreifen am Urselbach. Auch die Linke unterstützt die Forderung, weist in diesem Zusammenhang auf ihre Ablehnung des geplanten DRK-Neubaus auf Retentionsflächen am Urselbach hin. Die SPD verweist auf das jahrelange Bemühen der Stadt Oberursel um die Renaturierung des Urselbachs.

Die Schaffung eines Dialogforums Wasser unterstützen alle Parteien.

### **Klimaanpassung**

Bei dem Thema Klimaanpassung scheint es bei einzelnen Forderungen große Übereinstimmungen zwischen der LOK und den Parteien zu geben.

Den Wunsch, Oberursel grüner zu gestalten durch die Schaffung von Klimakomfortzonen in der Stadt durch mehr Straßengrün, mehr schattenspendende Bäume, mehr Trinkbrunnen, flächige Wasserspiele und die Ausstattung dieser Zonen mit Verweilmöglichkeiten für alle Altersgruppen wird uneingeschränkt von allen Parteien unterstützt.

Den Aufbau eines Biotop-Verbundsystems über die ganze Stadt hinweg z.B. durch Installation und Pflege von Flachdach- und Fassadenbegrünung an städtischen Gebäuden zur Verbesserung des Stadtklimas und zum Schutz der Artenvielfalt findet breite Unterstützung.

Große Interessenkonflikte ruft die Forderung Entsiegelung und Begrünung von öffentlichen Grundstücksflächen, Erhalt innerstädtischer Brachflächen und Begrünung der Gewerbegebiete hervor. Während die Klimaliste zustimmt, möchten die Linke und die FDP eine differenzierte Betrachtung der Brachflächen. Die Grünen sehen einen Konflikt zwischen Erhalt von Brachflächen und Wohnbebauung, die SPD spricht gar von Verteilungskampf Brachfläche versus Baufläche ohne Partei zu beziehen.

Einigkeit herrscht darüber, dass Oberursel für eine nachhaltige Stadtentwicklung eine übergreifende Stadtklimaanalyse brauche. Diese berücksichtige Hitzeinseln sowie Kaltluftschneisen über die Stadtgrenzen hinaus auch mit Blick darauf, dass weitere Baumaßnahmen keine notwendigen Kaltluftschneisen abschneiden oder Hitzeinseln weiter anheizen.